

Danziger Zeitung.



Nr. 6501.

Die "Danziger Zeitung" erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Ketterhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Kal. Postanstalten angenommen. Preis pro Quartal 1 R. 15 Sgr. Auswärts 1 R. 20 Sgr. — Inferata nehmen an: in Berlin: A. Retzner und Rud. Mosse; in Leipzig: Eugen Fort und H. Engler; in Hamburg: Hassenstein & Vogler; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co. und die Jäger'sche Buchhandlung; in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchhandlung.

1871.

Telegr. Depeschen der Danziger Zeitung.

Angelommen 2 Uhr Nachmittags.

Offizielle militärische Nachrichten.

Versailles, 26. Jan. Die Armee Bourbaki zieht sich auf Besançon am linken Ufer des Doubs zurück, verfolgt von einzelnen Corps der Süd-Armee. Der Verlust des Feindes wird bei seiner mißglückten Offensive gegen General v. Werder auf mindestens 10,000 Mann geschätzt. Das Glend unter den zurückgebliebenen französischen Verbündeten und Kranken, welche ohne Hilfe und Versorgung zurückgelassen wurden, ist überaus groß. Die übrigen Corps der vom General v. Manteufel kommandirten Süd-Armee haben die rückwärtigen Verbindungen der Bourbaki'schen Armee durch Besetzung von St. Bit, Duingen und des Eisenbahnknotens von Mouhard unterbrochen.

Vor Paris nichts Neues. v. Poddelski.

Angelommen 2½ Uhr Nachmittags.

London, 27. Jan. Eine Depesche der "Times" von Versailles, 25. Jan., meldet: Jules Favre ist wieder aus Paris in Versailles angelangt, hat daselbst übernachtet und hatte mit dem Grafen Bismarck eine lange Unterredung. General Trochu hat abgedankt, an seiner Stelle kommandiert jetzt General Vinot. Ein Aufstand des Pöbels, welcher unter dem Rufe: "nach Berlin", mehr Ausfälle verlangte, wurde von den Truppen unterdrückt.

Telegraphische Nachrichten.

Bordeaux, 26. Jan. Der Regierung ist aus Angers vom 25. d. die Meldung zugegangen, daß eine preußische Abtheilung in Stärke von 2000 Mann mit Cavallerie und Artillerie Sablé besetzt hat.

Havre, 26. Jan. Preußische Truppen sind gestern in Pont-Audemer eingetroffen und haben daselbst Requisitionen eingetrieben. Der Feind steht mit beträchtlichen Streitkräften zwischen Orbec (an der Rille) und Corneville.

Die Strandungs-Ordnung für die Provinzen Preußen und Pommern.

deren Entwurf bereits dem im vorigen Sommer versammelten Preußischen Provinzial-Landtag, sowie den Communal-Landtagen von Pommern vorgelegen hat, ist jetzt auch dem Abgeordnetenhaus übergeben und kommt in diesen Tagen zur Verathung. — Bei dem geheimnisvollen Dunkel, welches die Verhandlungen der Provinzial- und Communal-Landtage umgibt, ist bis durchaus nicht un wichtige Sach bisher allz' öffentlichen Befreiung entgangen, was um so mehr zu bedauern ist, als die Befreiungen des Preußischen Provinzial-Landtages für eine Verbeserung des Entwurfs keine Berücksichtigung gefunden haben.

In dem Nachstehenden heben wir von den Abänderungsanträgen unseres Provinzial Landtages die wichtigsten hervor.

Weshalb die neue Strandungs-Ordnung nur für die Provinzen Preußen und Pommern gelten, und nicht eine einheitliche Regelung der Angelegenheit für die ganze Kürte des preußischen Staates, oder wie der Provinzial Landtag beantragt hatte, für den ganzen Norddeutschen Bund erfolgen soll, — das erklärten die Motive damit, daß „die abweichenden künstlichen Verhältnisse in den Küstengebieten Nordsee und Ostsee“

einer einheitlichen Gesetzeung, so wünschenswerth diese an sich erscheint, unlösbarliche Schwierigkeiten entgegenstellen. Es habe sich dies insbesondere bei den Ermittlungen des Bundeskanzlerats anlässlich eines von Hamburg ausgegangenen Antrages auf Ausarbeitung einer Strandungs-Ordnung für den Bund in dem Grade herausgestellt, daß von der Vorlegung eines solchen Gesetzes — wenigstens zur Zeit — Abstand genommen wurde. Aus den weiteren Mitteilungen der Motive gehen dann die unlösbarlichen Schwierigkeiten einer einheitlichen Gesetzegebung hervor, sie bestehen in der natürlichen Beschaffenheit der Nordseeküste mit ihren zahlreichen Inseln, Watten u. s. w., mit dem durch Ebbe und Flut verbundenen Wechsel der Verhältnisse, der Veränderlichkeit des Fahrwassers, der größeren Frequenz und größeren Häufigkeit der Strandungen. — Als ob das Alles auch nur das Geringste daran änderte, was an jedem Strand Noth thut: Aufrechterhaltung der Rechtsicherheit, Schutz der Personen und des Eigentums. Ist an der Nordseeküste doppelt so viel zu thun, wie an dem Oststrand, dann wird dort die doppelte Anzahl von Beamten nötig sein, oder man wird die Strandinspections-Büros halb so groß machen müssen. Die Motive rühren den Strandungs-Ordnungen von Hannover (1846) und Schleswig-Holstein (1803) nach, daß sie sich als angemessen, ausreichend und practisch erwiesen haben. Dennoch hat aus den angegebenen Gründen eine Übertragung jener bewährten Institutionen auf die Provinzen Preußen und Pommern ohne Beinträchtigung vor Betracht kommenden Interessen sich nicht herbeiführen lassen.

Wir meinen, daß die Einheitlichkeit der Gesetzgebung im ganzen Staat vorzuziehen ist der unzähligen Absonderlichkeit einzelner Provinzen, daß es wünschenswert ist, jedem, der das Unglück an den deutschen Strand treibt, die Gewähr zu geben, daß er überall der gleichen Rechtsicherheit, im Wesentlichen denselben Institutionen begegnet, und können deshalb nur wünschen, daß der Entwurf mit den Verlangen nach einheitlicher Regelung für den ganzen Bund (wie schon Hamburg beantragt), oder doch für die preußische Monarchie zurückgegeben werde.

Wenn jedoch das Verhältnis, die veraltete und verworene Gesetzgebung für die beiden Provinzen Preußen und Pommern neu zu regeln, vielleicht ein so dringendes geworden sein sollte, daß eine Umarbeitung des Entwurfs nicht mehr abgemahnt werden kann, dann müssen wir eine gründliche Abänderung der Regierungs-Vorlage dringend wünschen und werden die Begründung dieses Wunsches in einem weiteren Artikel darzuthun suchen.

Danzig, den 27. Januar.

Die weiteren Londoner Nachrichten bringen Ausführlicheres über die Verhandlungen in Versailles. Da authentisch in allen Einzelheiten, lassen wir dahingestellt sein, i. denfalls beweisen dieselben, daß die Übergabe der Festung in Paris beschlossen ist und es sich nur noch um ein Handeln über die Bedingungen dreht. Überraschend mußte es, daß nicht nur über die Kapitulation von Paris selbst, sondern auch bereits über die Friedensbedingungen Verabredungen getroffen sein soll. Wir iren indessen wohl nicht mit der Annahme, daß es sich hierbei nicht um bestimmte Abmachungen, sondern nur um

allgemeine Besprechungen gehandelt hat, denn Favre dachte, da der größere Theil der Regierung sich nicht in Paris befindet, sich kaum als autorisierte betrachten, heute schon in Versailles über den Frieden einen bindenden Vertrag zu schließen. Was der "Daily Telegraph" erzählt, stimmt ziemlich genau mit den vor langerer Zeit von diesem Blatte gebrachten Erzählungen über die Intentionen des kaiserlichen Hauptquartiers überein, blieb aber wohl nicht Gegenstand von Abmachungen zwischen den beiden Staatsmännern gewesen sein. Denn daß z. B. unsere Heere nach der Champagne zurückziehen und nur vermittelst starker Truppen ihre Verbindung mit der deutschen Besatzung der Hauptstadt unterhalten sollen, das braucht nicht der Bewilligung des Hrn. Favre vorgelebt zu werden. Soviel steht indefens fest und war wohl schon entschieden, als Trochu den Oberbefehl niedergelegt, daß Paris bezwungen ist, daß selbst die extremen Parteien mit einer Übergabe im Stillen zufrieden seien, also nicht ernstlich dagegen agitieren werden, welche das Odium dieses Schrittes den Gemäßigten, also ihren Gegnern auflastet. Hinther kam ja dann doch über Verrath geschrieben, können diejenigen, welche die Bürger jetzt vom Hunger und Feuerode, Paris vor Zerstörung zu retten streben, angeklagt und verfolgt werden. Daß Jules Favre zur Weiterführung der Verhandlungen für zwei andere Mitglieder der Regierung Mandate ausgewählt hat, beweist die ernsthafte Absicht, schnell mit dem Unvermeidlichen am Ende zu gelangen und auch die äußere Verantwortlichkeit dafür nicht ganz allein tragen zu wollen. Ingwiller beunruhigen unsere Geschäfte unverbrochen den Belagerten ihre überzeugenden Vernunftgründe in die Ohren, immer weiter fliegen die Brandgeschosse in die Stadt hinein, zur Eile mahnen, falls man die erste Abfahrt hat, weiteres Verbergen dort zu verhindern.

Kaiserliche Truppen rücken, während man um Paris verhandelt, auf Rouen und Honfleur los, um gegen die kleine in Havre konzentrierte Armee eingeschlagen zu ziehen. Gleichzeitig dirigirt der Prinz-Marschall die 2. Armee südwästlich von Le Mans schnell weiter auf Angers und Nantes zu. Damit wäre die nordwestliche Ecke Frankreichs dann vollständig umfaßt und so der gesamte Norden zu occupiren begonnen. Chanzy, also eingeschlossen und in die Bretagne gedrängt, würde sich zu entscheiden haben, ob er mit den Verstärkungen, welche ihm auf dem Seeweg über Brest zugehen, noch einen neuen Kampf wagen, ob er die Waffen strecken und das Land den Kaiserlichen preisgeben will. Widerstand wäre nach den bisherigen Erfolgen nur eine Quellenuglosen Blutvergießen. Vielleicht kommen, wenn die Übergabe von Paris erst erfolgt ist, Friedens- oder Waffenstillstands-Verhandlungen ihm zu Hilfe, um ihm einen festen Entschluß zu eröffnen.

Einen weiteren, den dritten Tag (23.) ist um Dijon gekämpft worden, ohne daß andere Nachrichten als solche über Bordeaux uns zugegangen. Daß Garibaldi nicht aus Dijon hinausgeworfen ist, möchte sich mindestens aus diesen Berichten ergeben. Es kann nur das 2. deutsche Corps allein sein, welches diese dreitägigen Kämpfe zu bestehen hat. Sollte es sich aber auch nur darum handeln, Garibaldi hier in fortgesetzten, wenn auch taktisch unentschiedenen Kämpfen festzuhalten, während inzwischen das 7. Corps sich über Gray nach Orléans geschoben und damit die

Verbindung zwischen beiden feindlichen Heeren unterbrochen hat, so wäre jetzt, da dieses Ziel erreicht scheint, eine Nachricht über den Gang jener Maßnahmen wohl zu wünschen. Wäre Garibaldi also los, so müßte er doch Dijon selbst bald räumen. Ob diese Operation wirklich erfolgreich für uns bleibt, hängt von der Stärke des Heertheiles ab, den wir auf Orléans vorgeschoben haben. Wäre er zu schwach, um dem einen Durchbruch versuchenden Feinde Widerstand zu leisten, so müßte er Orléans doch wieder räumen. Da aber nach einer neuen Meldung auch die andere, südlich sich ziehende Straße von Besançon auf Lyon von den kaiserlichen Truppen schon vor 2 Tagen gesperrt ist, so glauben wir, daß Bourbaki auf Operationen nach Süden und Westen bin, um seine unterbrochenen Verbindungen mit dem eigenen Lande herzustellen, bereits verzichtet hat. Er will, so scheint es, nachdem alle Wege ihm verlegt, sich an der Schweizer Grenze stark konzentrieren, hier vielleicht noch einmal zur Offensive übergehen, um dort einen letzten Versuch zu wagen, ob der Sieg sich an seine Fahnen fesseln will. Gelingt dies nicht, so ist sein Schicksal endgültig entschieden. Um Blamont und Avelines wird bereits seit einigen Tagen gekämpft, die Franzosen sind wieder den Uferfeigen an Zahl bedeutend überlegen. Aber schon scheint auch hier die rechte Zeit für sie verflossen zu sein, denn enger und enger schließen sich unsere nachrückenden Heertheile um ihnen nach der Schweiz auslaufenden Bispfel zusammen; greifen sie erst in gemeinsamer Action in einander, so muß Bourbaki definitiv unterliegen.

Deutschland.

* Berlin, 26. Jan. Der eben ausgegebene zweite Bericht der Gemeinde-Commission beschäftigt sich mit einer für die Selbstverwaltung der Städte sehr wichtigen Angelegenheit. Bei der Feststellung des Communal-Etats der Stadt Thorn für die Finanzperiode 1868/71 hatte der Magistrat eine Erhöhung der Gehälter der städtischen Polizeibeamten beantragt; die Stadtverordneten hatten dieselbe nur zum Theil bewilligt und der Magistrat war dann diesem Beschlüsse beigetreten. Die Regierung in Marienwerder verordnete jedoch auf Grund der §§ 64 und 78 der Städte-Ordn. v. 30. Mai 1853, daß die Gehalts erhöhung nach dem ursprünglichen Antrage des Magistrats in den Etat zu setzen sei. § 64 d. St.-O. lautet: „Hinsichtlich der Bürgermeister und der besoldeten Magistratsmitglieder unterliegt die Festsetzung der Besoldung in allen Fällen der Genehmigung der Regierung“; während § 78 der Regierung das Recht beilegt, „die der Gemeinde gesetzlich obliegenden (d. h. durch ein besonderes Gesetz auferlegten) Leistungen auf den Etat zu setzen, falls die Stadtverordneten es unterlassen oder verzögert haben.“ Es ist wohl in der That nicht gut einzusehen, wie sich aus diesen §§ das Verfahren der Marienwerder Regierung rechtfertigen läßt. Dies veranlaßte die Thorner Stadtverordneten, sich zunächst beim Oberpräsidenten und dann beim Minister des Innern zu beschweren. Von beiden wurden sie abschlägig abgeschieden und zwar beide Male mit der Hinweisung auf das Gesetz über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850, dessen §§ 3 und 4 die Anwendung des § 78 der

Verfolgung der Francs-tireurs auf dem Plateau von Langres.

Einem Feldpostbriefe aus Chaumont, 17. Jan., entnimmt die „A. B.“ Folgendes: „Die Bergfest Langres, im Departement Haute-Marne gelegen, ist in der ganzen Zeit, in welcher sich die Francs-tireure zu bilden begonnen, ein Hauptstützpunkt für diese modernen Vaterlandsverteidiger gewesen. Es kann aber auch kaum ein Terrain gefunden werden, welches sich für das Treiben solcher Banden besser eignet, als das Departement der Haute-Marne. Ein Hochplateau, von kleinen Thälern und Schluchten durchschnitten, zum großen Theil mit dichten Unterholzwaldungen bedeckt, in denen die einzelnen Ortschaften zerstreut dicht an den Waldställen liegen, bieten sich in dieser Gegend überall Schlußwinkel für kleine Abtheilungen dar. Seitdem die Errichtung der Festung Langres aufgehoben ist, es für die Besetzung von Chaumont ungeheuer schwierig, diesem räuberischen Unwesen, welches sich häufig in dem Erdboden einzelner Patrouillen und dem Aufreissen der Eisenbahnschienen und den Zerschneiden der Telegraphenleitungen äußert, nachhaltig zu stricken. Bei der Annäherung von stärkeren Patrouillen ziehen sich die Francs-tireurs auf Schleichwegen durch die Wälder in die zunächst gelegenen Ortschaften zurück, werden größere Abtheilungen zum Ablösen einer Gegend ausgetragen, so hat die ganze Bande als letzten Zufluchtsort die Festung Langres selbst. Wie selten gelingt es deshalb, eine Abtheilung dieses Gefindels aufzufinden, denn auch für den Fall, daß sie wirklich in einem Dorfe überwacht und umzingelt werden, haben die Francs-tireurs noch Mittel, sich dem ehrlichen Kampfe des Soldaten gegen den Soldaten zu entzweit, indem sie Uniform mit Waffen verstecken, Civilkleider anzuziehen und sich für friedliche Landbewohner ausgeben. Vor einigen Tagen hatte das Bataillon Audernach Gelegenheit, einen solchen Fall glänzend zu constatiren. Das Bataillon hatte nämlich den Auftrag, zwischen Chaumont und Neufchâteau die Gegend von Francs-tireurs zu säubern. Am ersten Tage der Expedition, am 9. Januar, wurde in dem Marschquartier Biesles in Erfahrung gebracht, daß sich in dem etwa 1½ Meile entfernt gelegenen Donnemarie 30 bis 35

Francs-tireurs eingearbeitet, nachdem sie am Morgen desselben Tages von einer Husaren-Patrouille zwei Mann verwundet und einen als Gefangen mitgeschleppt hatten. Die 1. Compagnie erhielt deshalb den Auftrag, nach Donnemarie zu marschieren und die Francs-tireurs zu überfallen. Die Compagnie lange gegen 11 Uhr vor dem Dorfe an, ohne irgend einen Posten zu bemerken, umstellte den Ort und rückte mit einem Bogen hinein. Der Maire, über den Verbleib der französischen Abtheilung und des verwundeten Husaren befragt, stellte deren Anwesenheit in Donnemarie auf das bestimmteste in Abrede. Als jedoch der Compagniesführer Befehl gab, die Häuser zu durchsuchen, wurde sofort aus mehreren Ortschaften lebhafte gefeuert, und suchten sich die Francs-tireurs nach allen Richtungen hin zu flüchten. Bei dem nun sich entwickelnden Gefecht blieben neuen Francs-tireurs auf dem Platz und zwei wurden gefangen, während bei der Compagnie nur ein Mann durch einen Streichschuß an der rechten Wange leicht verwundet ist. Der gefangene Husar wurde befreit und um Mitternacht trat die Compagnie ihren Rückmarsch an, um wieder zum Bataillon zu stoßen. Augenscheinlich hatten die Franzosen nicht mehr Zeit gehabt, ihre Civilleider anzuziehen, die Waffen zu verstauen und den ruhigen Bürger zu spielen; denn daß dies bei solchen Gelegenheiten ihre Absicht ist, geht deutlich daraus hervor, daß in jedem der Ortschaften ein vollständiger Civilanzug vorgefunden wurde. Außerdem fand sich in dem Dorf der Comptoir des einen ein namhaftes Verzeichniß der ganzen Companie (6. Compagnie der Francs-tireurs der Maas) und ein kleines gedrucktes Heft der Instructionen für die Francs-tireurs, besonders über Auseinandersetzungen, die Eisenbahnschienen aufzureißen und so zu legen, daß die Böge entgleisen müssen; zum besseren Verständnis waren mehrere Tafeln mit Bezeichnungen beigelegt. Die Instruction war in Bordeaux gedruckt. Die Uniform bestand in dunklen Beinkleidern mit rothen Streifen, einer blauen Bluse mit rotem Vorstoß an den Ärmeln und französischer Soldatenmütze. Bei dem Verhör gaben sich die Gefangenen für Mobile aus, wahrscheinlich um eine gelindere Behandlung zu erfahren. Das ist die Art der Kriegsführung, welche die grande Nation, die sich erhält, an der Spitze der Civilisation zu stehen,

zeigt beliebt, und Du kannst Dir denken, welche Erbitterung bei unseren Soldaten gegen solches Gefinden allmählig entstehen muß.“

Die Sprengung der Moselbrücke bei Fontenay.

Nancy, 23. Jan. Eben komme ich von Fontenay, einer kleinen Station dieses Toul (9 Kilometer von Toul), wofür eine Bande Francs-tireurs in der Frühe des 22. d. M. die Stationswache (57. Landwehr) überfallen und die etwa 2 Minuten vom Bahnhofe Fontenay über die Mosel fahrende schöne Eisenbahnbrücke teilweise gesprengt hat. Die Brücke hat 6 Strompfiler, von denen der erste dieses, zwei Bogen tragende, gesprengt worden ist. Der Pfilerloch und die Bekönig ist etwa 15 Schritte flussaufwärts geschleudert worden und ragt noch aus dem an dieser Stelle etwa 4 Fuß tiefen Strom hervor, während die übrigen Trümmer, resp. Mauer- und Brückenteile zwischen dem Lande und dem nächsten Strompfiler liegen und zum Theil etwa 4 Fuß aus dem Wasser hervorragen. Da auf der Sprengseite der Fluss todes Wassers ist, also keine Strömung hat, wird man die Ufer einfach zuschütten, welche Arbeit etwa 6 Tage in Anspruch nehmen wird, sowie behufs Herstellung der Communication eine hölzerne Notbrücke anlegen, wozu das Material schon hingehaftet worden ist. Hier in Nancy weigerten sich zwar heute die Arbeiter, an den Herstellungsarbeiten sich zu verhindern, um unter bisher möglichst nachstilles Gouvernement mag es verschafft; doch man wird ihnen hier einmal zeigen, daß alle Nachsicht und Güte endlich einmal ihr Ende erreicht. Bei der Brücke zwischen Fontenay und Verdun soll man es ebenfalls auf eine Sprengung abgesehen gehabt haben, dieselbe aber vereitelt worden sein. Betreffs des Überfalls selbsttheile ich Ihnen noch mit, daß die Bande aus 100 bis 200 Mann bestanden haben soll. Dieselbe hat das Stationsgebäude überfallen, die ganze untere Etage zerstört und 6 Mann der 57er mitgenommen, über deren Grab noch nichts bekannt ist. Einen Landwehrmann haben sie auf einer Bank (wahrscheinlich im Schlaf) ermordet (die Gurgel war ihm durchschnitten, sowie die Ohren und die Zunge abgeschüttet und ihm noch 7 Stiche in die Brust versetzt). Ich zählte neben der Bank mit

der Bluttache, auf welcher derselbe ermordet worden war, an der Wand 10 Stiche oder Hiebe ic. Der Kermit liegt im Garten des Bahnhofes beerdig und sein Grab ist mit einem einfachen, seinen Namen tragenden Holzkreuzen versehen worden. Auf Befehl des General-Gouverneurs v. Bonin ist gestern das kleine Dorf Fontenay, unmittelbar am Bahnhofe liegend, an allen Ecken in Brand gestellt worden. Auf meiner Wanderung durch das jetzt menschenleere, brennende Dorfchen bemerkte ich, daß die Wirthshäuser und die Häuser der wohlhabenden Leute nur zu Grunde gegangen, während man die übrigen sammt Kirche (etwa ½ der Häuser) möglichst verschont hatte. Wie ich höre, sollen übrigens auch diese dem Untergang geweiht sein. Die Landwehrmänner, welche als Posten an beiden Ufern standen, haben sich gerettet, und der eine hat auch den von hier 6½ Uhr früh abgelaufenen Postzug nach Epinal, Lagny, indem er ihm nach Fontenay ic. entgegen lief und ihn warnte, vor dem Untergang gerettet. Bei Bleuville, der zweiten Station nach Straßburg von hier, waren gestern ebenfalls die Schienen aufgerissen worden. Die Zeit der Langmuß und Nachsicht wird wohl für Lothringen vorüber sein. (Elb. Btg.)

Aus Paris.

Wir entnehmen einem Ballonblatt aus Paris, vom 22. Januar: Der letzte Sonntag, der 12. Tag der Belagerung, brachte das bisher furchtbarste Feuer. Von Sonnabend 10 Uhr an regnete es buchstäblich Granaten am linken Seine-Ufer, namentlich über das schon hart mitgenommene 14. Arrondissement. Die Bewohner mehrerer Straßen verbrachten die Nacht in den Kellern. Am Morgen waren die Straßen Banves und du Maine wie mit einem Wolkenbruch überschüttet; erst alsdann ließen sich die Bewohner zur Auswanderung bewegen. Die Befreiung wurde durch fortgefegt. Die Kuppel des Pantheon wurde durchschlängelt und eine Bombe platzte im Inneren der Kirche; die Sorbonne und die Kirche Saint-Geneviève wurden neuerdings beschädigt. Von Pantheon und Odéon an wurde in allen Straßen das Pfaster aufgerissen. Die Häuser erbebten, die Fensterscheiben klirrten in Trümmern, durch die Kellerlöcher hindurch sieht man die Haushaltung der Familien.

Städte-Ordnung, in diesem Falle rechtmässigen sollte. § 3 des genannten Gesetzes bestimmt, daß die Kosten der örtlichen Polizeiverwaltung von den Gemeinden getragen werden müssen — was von den Thorner Stadtverordneten niemals besprochen worden ist. § 4 lautet aber: „Neben die Einrichtungen, welche die örtliche Polizeiverwaltung erfordert, kann die Bezirksregierung befondere Vorschriften erlassen.“ Hier nach wäre also 1. die Gehalts erhöhung der Polizeibeamten eine „Einrichtung der Polizei-Verwaltung“ und 2. nachdem die Regierung diese Interpretation gemacht, wäre das erhöhte Gehalt „eine der Gemeinde gesetzlich obliegende Leistung“, welche die Regierung nach § 78 der St.-O. auf den Communaletat zu sezen berechtigt sein soll. Diese Gesetzauslegung hatte nun den Thorner Stadtverordneten nicht einleuchten wollen; sie haben vielmehr in dem Vorgehen der Marienwerderer Regierung nach wie vor eine widergesetzliche Verlegung des Staatsrechtes der Communen gesehen und deshalb vom Abgeordnetenhaus Abhilfe verlangt. Die Gemeindecommission ist gleichfalls für die Gesetzauslegung der Marienwerderer Regierung und des Hrn. v. Ensenburg unzufrieden gewesen und hat mit allen gegen 1 Stimme beantragt, die Thorner Petition der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

DRC. Die Geschäftsausordnung §-Commission des Abgeordnetenhauses berieh hente über das bekannte Schreiben der beiden schleswig-holsteinischen Abg. Kryger und Ahlemann. Sie fügte folgenden Beschluss: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: Die Abg. Kryger und Ahlemann sind nach ihrer Erklärung vom 18. Januar 1871, welche eine Weigerung enthält, zur Zeit den durch Art. 108 der Preußischen Verfassungs-Urkunde vorgeschriebenen Eid zu leisten, seit dem 18. Januar 1871 und so lange sie bei dieser Weigerung beharren und den Eid nicht leisten, nicht besetzt, einen Sitz im Hause der Abgeordneten einzunehmen.“ Der Reg.-Com. Geh. Reg.-Rath v. Wolff erklärte sich mit diesem Beschluss einverstanden. — Die Justizcommission berichtete über den Antrag des Abg. Müller (Berlin) bezüglich der Gebühren der Superintendenten für Dispensationen zu Privat-Confirmationen, Haustaufen &c. und nahm denselben in modifizierter Fassung an.

Die Fraktion der Fortschritts-Partei hat den Entwurf zu einem Wahlausruh in folgender Form festgestellt: „Durch die mit den Süddeutschen Staaten abgeschlossenen Verfassungsverträge ist jede politische Partei unseres Vaterlandes auf eine neue Grundlage gestellt. So mangelhaft diesbezüglich ist, sie wird den nächsten Ausgangspunkt aller politischen Bestrebungen der Nation bilden. Das Ziel der deutschen Fortschrittspartei, an die Spitze des Programms vom 9. Juni 1861 gestellt — in der Verfassung des deutschen Reiches nur teilweise erreicht, ist nach wie vor die Freiheit im geistigen Deutschland. — Die Arbeit nach diesem Ziele ist uns fortan gemeinsam mit den Süddeutschen, denn ein großer Gewinn der uns jetzt schon geworden, ist der deutsche Reichstag, hervorgehend aus dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht des deutschen Volkes. Im Austausche der Meinungen, im Ausgleiche der Bedürfnisse, im gemeinsamen praktisch-politischen Wirken mit den Abgeordneten Süddeutschlands wird die Fortschrittspartei, unwandelbar an den alten, bewährten Grundsätzen festhaltend, die Kraft gewinnen zur Bildung einer das ganze Deutschland umfassenden Partei. Ein neues Programm würde dieser Entwicklung vorgesehen. Wir sehen davon ab. Die Wahlen zum deutschen Reichstag stehen bevor, während die ganze Kraft der Nation sich auf den innumreichen Krieg in Frankreich richtet und Leib und Leben und jedes bürgerliche Opfer darbringt, um einen dieser Opfer werthaben Frieden endlich zu erringen. Um so dringender tritt an uns die Pflicht heran, das Bewusstsein zu klären und zu stärken, daß niemals sich wiederholen darf, was eine trübe Zeit nach den Befreiungskriegen über das deutsche Volk verbangte. Aus dem gegenwärtigen Kriege, einem deutschen Volkskriege, wie keiner juro es war, muß hervorgehen, wie die Befreiung vom äußeren Feinde, so die Befreiung von den inneren Hemmnissen unserer nationalen und freiheitlichen Entwicklung. Dahn zu wirken, daß diese legen und wahren Ziele unserer Kämpfe sich unter den Eindrücken des Tages nicht verdunkeln, das wird unsere nächste

Aufgabe sein. Möchten hierzu alle liberalen Parteien sich die Hand bieten! An alle Freigesinnten und unsere Parteigenossen insbesondere richten wir die Aufforderung, trotz aller Ungunst der Verhältnisse die Wahlen zum Deutschen Reichstage schnellst und mit Eifer vorzubereiten. Sie werden Kraft und Opferbereitschaft einsehen, um im ersten Deutschen Reichstage, der entscheidend sein wird für die Zukunft des Deutschen Reiches, eine sichere Majorität schaffen zu helfen, welche entschlossen ist, den konstitutionellen Ausbau der Verfassung, die Freiheit, die Wohlfahrt, die humane Entwicklung der Bürger fest zu begründen!“

— Das Landrecht constituiert als einen Scheidungsgrund, wenn ein Ehegatte ein schimpflisches Gewerbe ergreift. Auf Grund dieser Bestimmung lagte die Gattin eines ehemaligen Guisbestigers beim Berliner Stadtgericht auf Trennung der Ehe, weil ihr Ehemann gewerbsmäßig Bucher treibe. Das Stadtgericht wies die Klägerin mit ihrer Klage ab, unter der Annahme, daß mit Wegfall der Strafbarkeit des Buchers derselbe auch ausgehört habe, ein schimpflisches Gewerbe zu sein. Auf die Appellation der Klägerin hat das Kammergericht das stadtgerichtliche Erlebnis aufgehoben und die Trennung der Ehe erkannt, den Verklagten für den allein schuldigen Theil erachtet und ihn in die gesetzlichen Ehescheidungsstrafen verurtheilt.

— Nach Berichten aus Bruxelles vom 24. hielt sich ein französisches Corps unter General Bréfesse (vor Bourbaki's Ankunft Commandant der Lyoner Armee) noch immer in der Umgebung jener Schweizerstadt ziemlich nahe der Grenze. Sein Hauptquartier war in Bierre Fontaine und auch in Blamont stand französische Artillerie, bei Langeron-Berwellen scheint die Umgehung dieses Corps unvermeidlich.

— In Minden ist, wie der „Soc.-Dem.“ berichtet, eine eigenthümliche und neue Beschränkung des Vereinsrechtes aufgetaucht. Als die Schweizerische Partei dort eine öffentliche Versammlung bei der Polizei anmeldete, erhielt sie anstatt der vorschriftsmäßigen Bescheinigung nachstehenden Bescheid: „Die Abholung der durch Ihr heutiges Schreiben angemeldeten und auf morgen Abend um 8 Uhr anberaumten öffentlichen Versammlung muß wegen der gegenwärtig in heitiger Stadt aufgetretenen Pocken-Epidemie bis auf Weiteres untersagt werden, wovon Sie hierdurch benachrichtigt werden. Der Polizei-Inspector Becker.“ Nach dem Vereinsgesetz hat die Polizei auf Anmeldungen von Versammlungen einfach die Bescheinigung zu erteilen. Von einer Pocken-Epidemie steht nichts im Vereinsgesetz. Offizielle Tanzmusik und Concerte finden fortwährend statt.

Bonn, 21. Jan. Der „Allg. Blg.“ war von hier geschrieben worden, der Erzbischof von Köln habe den für das Sommer-Semester anzukündigenden Vorlesungen der drei ordentlichen Professoren der Theologie, Philologen, Langen und Reusch, die „statutärer erforderliche“ Genehmigung bis auf Weiteres versagt; „gleichwohl“ werde die Universität die geforderten Vorlesungen in ihr Lectionssverzeichniß aufnehmen. Dem gegenüber bringt nun dasselbe Blatt folgende Berichtigung: „Der Correspondent erwacht hiermit den Eindruck, als ob der Erzbischof bei seinem Verfahren sich seines wohlgründeten Rechtes bedient habe und die Universität im Begriff stehe, sich eine die Statuten verlegenden Handlung zu Schulden kommen zu lassen. Die Sache verhält sich gradezu gelehrt. Den Statuten gemäß hat der erzbischöfliche Stuhl den Vorlesungen der theologischen Professoren keinerlei Genehmigung zu erteilen oder zu verweigern, vielmehr wird ihm nach § 4 nur das Lectionssverzeichniß vorgelegt und ist die Facultät gehalten, seine etwaigen Bemerkungen rein theologischen Inhalts ehrerbietig aufzunehmen und nach Möglichkeit zu beachten. Die Universitätsherrnherr hervorholt und ihm sagen: Ich erhielt gestern von der Kaiserin Eugenie in voller Übereinstimmung mit dem Kaiser Napoleon die totale Annahme der Deutschen Friedens-Bedingungen zugesichert. Favre ist aus dem von dem erwähnten Correspondenten selbst mitgetheilten ministeriellen Ressort an den akademischen Senat durch eine einfache logische Schlussfolgerung zu erschließen, wie der Cultusminister, dem diese neue Kompetenzfrage bereits zur Entscheidung unterbreitet ist, über dieselbe urtheilen wird.“

Spanien — dann nach Paris. 1825 Chaussee-d'Antin No. 8. Hielt kleine Circle von galanten Frauen und älteren Damen; die Polizei wurde benachrichtigt. — 1828 wieder nach England wegen Schulden. Ihre Tochter in der Pension zurückgelassen. — Bis 1836 kein Vermögen. — November 1838 nach Paris zurück; wurden 6 Wochen observiert. Drei Jahre ohne Anzeige. Mai 1842 Selbstmordabgehaltenes zahlreich besuchtes Meeting sah einstimmig Resolution, welche gegen das Bombardement von Paris protestieren und die Politik der englischen Regierung verdammen. — „Morning Post“ hat Grund zu glauben, daß das Ministerium bei der Eröffnung der Parlaments-Session eine Armee-Organisations-Bill vorlegen werde.

— Der „Standard“ bringt die positive Nachricht, daß Favre in Dover angekommen sei und heute Abends in London erwartet werde. „Globe“ bezeichnet diese Nachricht als unbegründet. Das Blatt glaubt jedoch zu wissen, daß Favre später noch in London eintreffen werde.

— 24. Januar. Ein gestern ungeachtet des Regenwetters in Trafalgar Square abgehaltenes zahlreich besuchtes Meeting sah einstimmig Resolution, welche gegen das Bombardement von Paris protestieren und die Politik der englischen Regierung verdammen. — „Morning Post“ hat Grund zu glauben, daß das Ministerium bei der Eröffnung der Parlaments-Session eine Armee-Organisations-Bill vorlegen werde.

— Die Mitrailleuse ist nicht länger eine Versuchswaffe für die britische Armee, da, wie die „Army and Navy Gazette“ meldet, das Kriegs-Ministerium 60 Batterien des Gatling-Geschützes kleineren Kalibers zur Einführung in den Dienst bestellt hat. Die bestellten 360 Mitrailleusen werden in Colts Waffenfabrik zu Hartford in den Vereinigten Staaten Nordamerikas angefertigt. Sobald sie in England eintreffen, werden sie nach Woolwich befördert, wo sie einen besondern Zweig der Königlichen Artillerie bilden sollen, deren Batterien mit den Feldgeschütz-Batterien nicht vereinigt werden.

— Von grösserem Interesse ist ferner noch ein Bericht Drony de Thuy, eines der treuesten Diener des Verflossenen, über die Stimmung in den Niederlanden. Er schreibt am 26. September 1867: „Ich habe eben einen Monat an den Ufern des Rheins verlebt. Die rheinischen Provinzen genießen eines unerhörten und immer wachsenden Wohlstandes. Sie sind stolz auf ihre Regierung geworden. Der Krieg lastete vor 15 Monaten mit grossem, unerträglichem Gewicht auf ihnen, aber der Hochmuth des Erfolges hat die Erinnerung an die Opfer verwischt. Niemand in Deutschland glaubt an unfreie Sympathien; alle Proteste unserer Regierung begegnen dort nur einem kalten und spöttischen Unglauben. Schwogen wäre besser; wir haben gut reden, man glaubt doch, daß wir im Herzen mit der Situation, die uns gemacht ist, unzufrieden sind. Das ist das Refusum meiner Heimatländer; ich muß hinzufügen, daß nicht alle Touristen gleicher Meinung sind; Beuge des ist der Correspondent, von dem ich zwei Briefe belege. Ich beharre dabei, er täuscht sich; Preußen wird die Schwierigkeiten überwinden, die sich in Deutschland erheben können.“ Man sieht, der Kaiser ist nicht ungewarnt in sein Verbergen gerannt. — Schließlich ist noch eine Note Leboeuf's da, welcher die Krupp'schen Kanonen für ganz wertlos erklärt.

— **Aus den Tuilerienpapieren.** In einer neuen Lieferung der Tuilerienpapiere ist folgender Auszug aus dem amtlichen Geheimregister der Pariser Polizei am 18. April 1848: „Rue St. Antoine No. 10, dritte Etage. Seit 1. April 1848 bewohnt von Frau v. Montijo, genannt Gräfin Teba, mit ihrer Tochter Eugenie. Frau von Montijo, Witwe eines spanischen Refugees, Herrn v. Montijo Grafen Teba. Der Grafen nicht anerkannt. Frau v. Montijo, von ihrem Manne getrennt, kam mit ihrer Tochter nach Frankreich, ging dann nach England — wieder nach Frankreich — wieder nach

Strasburg, 22. Januar. Das Post-Handbuch für Elsaß und Deutsch-Wörtingen enthält eine Postcourseliste für die Provinzen, welche darum von grossem Interesse ist, weil aus ihr ersichtlich, welche Gebiete bei dem Friedensschluß beansprucht werden sollen. In diesen Gebieten wird die Post vollständig nach den für die Posten des nord. Bundes bestehenden Vorschriften verwaltet, während in den übrigen occupirten Theilen Frankreichs der Postdienst in der feindlichen daselbst üblichen Weise vertheilt wird. Der äußerste, nördliche, Luxemburg austostende Grenzort ist Dettingen; von da zieht sich die Grenze südwestlich, Hayingen, Maasenouvre le grand und Mars la Tour in sich schließend. Gorze und Torny liegen gleichfalls innerhalb Pont à Mousson und Nanch außerhalb derselben. Hierauf ist sich dieselbe, den Vogesen folgend, in beinahe gerader Linie südlich fort. Lützelhausen, Ulrichshausen, Marienbach, Schnierbach, Wasserling, Giromagny, und Belfort liegen innerhalb derselben; nach der Schweiz zu umfaßt sie Böll, Beaumont, Delle, Niederschlestadt, Pfirt und Saint-Louis.

— **Oesterreich.**

Wien, 25. Jan. Die „Wiener Abendpost“ erläutert, daß alle von einem biegsamen Blatte gemachten Mittheilungen über die den österreichisch-ungarischen Conferenzen-Bewollmächtigten bezüglich ihrer Haltung in der Donaufrage angeblich ertheilten Instructionen jeder authentischen Grundlage entbehren. Das genannte Blatt hebt hervor, daß diese Mittheilungen, was die thatächlichen Angaben betrifft, auf ganz irrtümlichen Annahmen beruhen.

— **Belgien.**

Brüssel, 25. Jan. Die Regierung hat die beiden französischen Internirten, welche sich an das Brüsseler Tribunal gewandt hatten, um in Freiheit gesetzt zu werden, freilassen zu lassen. Da das Tribunal, im Widerspruch mit der bisher herrschenden Jurisprudenz und der Ansicht des königl. Procurators, sich competent erklärt hatte, um über das Verlangen der beiden Internirten zu statuiren, wird die Regierung gefürchtet haben, daß das Gericht, die Frage selbst betreffend, ein günstiges Urtheil sprechen und die Internirten in Freiheit schenken würde. Dieselbe hat verhindern wollen, daß die Frage eine den Ansichten der vollziehenden Gewalt widersprechende Lösung finde. Daher das den Internirten durch einen Subalternen, welcher wahrscheinlich der Form halber desavouirt werden wird, gemachte Anerbieten, das Land ohne weiteres aufzusehen zu verlassen. Waren sie aber allein abgereist, so würde die List zu durchsichtig gewesen sein, und so hat man auf ihnen drei andere Internirte flüchten lassen. — Conti, der frühere Privatsekretär des Kaisers, hat diese Tage mehrere Abgefahrene von Wilhelmshöhe empfangen. — Seit dem 22. d. Morgens ist kein Luftballon aus Paris mehr eingetroffen, woraus hier vielfach geschlossen wird, die Regierung von Paris habe ein Interesse daran, über die Zustände in der Stadt keine Nachrichten mehr nach Außen gelangen zu lassen.

— **England.**

London, 25. Januar. Der Leitartikel der „Times“, von welchem das „Wolff'sche Telegraphenbureau“ einen sehr verständlichen Auszug zu verbreiten beliebt hat, enthält in Wirklichkeit Folgendes: Die von Favre gefeststellten Bedingungen für die Capitulation von Paris sind preußischerseits ungültig. Zweifellos wird sich die Pariser Armee ebenso kriegsgefangen geben müssen wie die Armeen von Meß und Sedan. Bismarck wird von Favre nicht allein Unterwerfung im Namen der Pariser Regierung, sondern auch eine Unterwerfung im Namen der Regierung von Bordeaux, eine Unterwerfung im Namen von ganz Frankreich fordern. Wenn Favre dies verweigert, so folgt der Artikel weiter, wird Bismarck eine andere Waffe aus seiner Rüstammer hervorholen und ihm sagen: Ich erhielt gestern von der Kaiserin Eugenie in voller Übereinstimmung mit dem Kaiser Napoleon die totale Annahme der Deutschen Friedens-Bedingungen zugesichert. Favre ist aus dem von dem erwähnten Correspondenten selbst mitgetheilten ministeriellen Ressort an den akademischen Senat durch eine einfache logische Schlussfolgerung zu erschließen, wie der Cultusminister, dem diese neue Kompetenzfrage bereits zur Entscheidung unterbreitet ist, über dieselbe urtheilen wird.

— Der „Standard“ bringt die positive Nachricht, daß Favre in Dover angekommen sei und heute Abends in London erwartet werde. „Globe“ bezeichnet diese Nachricht als unbegründet. Das Blatt glaubt jedoch zu wissen, daß Favre später noch in London eintreffen werde.

— 24. Januar. Ein gestern ungeachtet des Regenwetters in Trafalgar Square abgehaltenes zahlreich besuchtes Meeting sah einstimmig Resolution, welche gegen das Bombardement von Paris protestieren und die Politik der englischen Regierung verdammen. — „Morning Post“ hat Grund zu glauben, daß das Ministerium bei der Eröffnung der Parlaments-Session eine Armee-Organisations-Bill vorlegen werde.

— Die Mitrailleuse ist nicht länger eine Versuchswaffe für die britische Armee, da, wie die „Army and Navy Gazette“ meldet, das Kriegs-Ministerium 60 Batterien des Gatling-Geschützes kleineren Kalibers zur Einführung in den Dienst bestellt hat. Die bestellten 360 Mitrailleusen werden in Colts Waffenfabrik zu Hartford in den Vereinigten Staaten Nordamerikas angefertigt. Sobald sie in England eintreffen, werden sie nach Woolwich befördert, wo sie einen besondern Zweig der Königlichen Artillerie bilden sollen, deren Batterien mit den Feldgeschütz-Batterien nicht vereinigt werden.

— Die Mitrailleuse ist nicht länger eine Versuchswaffe für die britische Armee, da, wie die „Army and Navy Gazette“ meldet, das Kriegs-Ministerium 60 Batterien des Gatling-Geschützes kleineren Kalibers zur Einführung in den Dienst bestellt hat. Die bestellten 360 Mitrailleusen werden in Colts Waffenfabrik zu Hartford in den Vereinigten Staaten Nordamerikas angefertigt. Sobald sie in England eintreffen, werden sie nach Woolwich befördert, wo sie einen besondern Zweig der Königlichen Artillerie bilden sollen, deren Batterien mit den Feldgeschütz-Batterien nicht vereinigt werden.

— Die Mitrailleuse ist nicht länger eine Versuchswaffe für die britische Armee, da, wie die „Army and Navy Gazette“ meldet, das Kriegs-Ministerium 60 Batterien des Gatling-Geschützes kleineren Kalibers zur Einführung in den Dienst bestellt hat. Die bestellten 360 Mitrailleusen werden in Colts Waffenfabrik zu Hartford in den Vereinigten Staaten Nordamerikas angefertigt. Sobald sie in England eintreffen, werden sie nach Woolwich befördert, wo sie einen besondern Zweig der Königlichen Artillerie bilden sollen, deren Batterien mit den Feldgeschütz-Batterien nicht vereinigt werden.

— Die Mitrailleuse ist nicht länger eine Versuchswaffe für die britische Armee, da, wie die „Army and Navy Gazette“ meldet, das Kriegs-Ministerium 60 Batterien des Gatling-Geschützes kleineren Kalibers zur Einführung in den Dienst bestellt hat. Die bestellten 360 Mitrailleusen werden in Colts Waffenfabrik zu Hartford in den Vereinigten Staaten Nordamerikas angefertigt. Sobald sie in England eintreffen, werden sie nach Woolwich befördert, wo sie einen besondern Zweig der Königlichen Artillerie bilden sollen, deren Batterien mit den Feldgeschütz-Batterien nicht vereinigt werden.

— Die Mitrailleuse ist nicht länger eine Versuchswaffe für die britische Armee, da, wie die „Army and Navy Gazette“ meldet, das Kriegs-Ministerium 60 Batterien des Gatling-Geschützes kleineren Kalibers zur Einführung in den Dienst bestellt hat. Die bestellten 360 Mitrailleusen werden in Colts Waffenfabrik zu Hartford in den Vereinigten Staaten Nordamerikas angefertigt. Sobald sie in England eintreffen, werden sie nach Woolwich befördert, wo sie einen besondern Zweig der Königlichen Artillerie bilden sollen, deren Batterien mit den Feldgeschütz-Batterien nicht vereinigt werden.

— Die Mitrailleuse ist nicht länger eine Versuchswaffe für die britische Armee, da, wie die „Army and Navy Gazette“ meldet, das Kriegs-Ministerium 60 Batterien des Gatling-Geschützes kleineren Kalibers zur Einführung in den Dienst bestellt hat. Die bestellten 360 Mitrailleusen werden in Colts Waffenfabrik zu Hartford in den Vereinigten Staaten Nordamerikas angefertigt. Sobald sie in England eintreffen, werden sie nach Woolwich befördert, wo sie einen besondern Zweig der Königlichen Artillerie bilden sollen, deren Batterien mit den Feldgeschütz-Batterien nicht vereinigt werden.

— Die Mitrailleuse ist nicht länger eine Versuchswaffe für die britische Armee, da, wie die „Army and Navy Gazette“ meldet, das Kriegs-Ministerium 60 Batterien des Gatling-Geschützes kleineren Kalibers zur Einführung in den Dienst bestellt hat. Die bestellten 360 Mitrailleusen werden in Colts Waffenfabrik zu Hartford in den Vereinigten Staaten Nordamerikas angefertigt. Sobald sie in England eintreffen, werden sie nach Woolwich befördert, wo sie einen besondern Zweig der Königlichen Artillerie bilden sollen, deren Batterien mit den Feldgeschütz-Batterien nicht vereinigt werden.

— Die Mitrailleuse ist nicht länger eine Versuchswaffe für die britische Armee, da, wie die „Army and Navy Gazette“ meldet, das Kriegs-Ministerium 60 Batterien des Gatling-Geschützes kleineren Kalibers zur Einführung in den Dienst bestellt hat. Die bestellten 360 Mitrailleusen werden in Colts Waffenfabrik zu Hartford in den Vereinigten Staaten Nordamerikas angefertigt. Sobald sie in England eintreffen, werden sie nach Woolwich befördert, wo sie einen besondern Zweig der Königlichen Artillerie bilden sollen, deren Batterien mit den Feldgeschütz-Batterien nicht vereinigt werden.

— Die Mitrailleuse ist nicht länger eine Versuchswaffe für die britische Armee, da, wie die „Army and Navy Gazette“ meldet, das Kriegs-Ministerium 60 Batterien des Gatling-Geschützes kleineren Kalibers zur Einführung in den Dienst bestellt hat. Die bestellten 360 Mitrailleusen werden in Colts Waffenfabrik zu Hartford in den Vereinigten Staaten Nordamerikas angefertigt. Sobald sie in England eintreffen, werden sie nach Woolwich befördert, wo sie einen besondern Zweig der Königlichen Artillerie bilden sollen, deren Batterien mit den Feldgeschütz-Batterien nicht vereinigt werden.

— Die Mitrailleuse ist nicht länger eine Versuchswaffe für die britische Armee, da, wie die „Army and Navy Gazette“ meldet, das Kriegs-Ministerium 60 Batterien des Gatling-Geschützes kleineren Kalibers zur Einführung in den Dienst bestellt hat. Die bestellten 360 Mitrailleusen werden in Colts Waffenfabrik zu Hartford in den Vereinigten Staaten Nordamerikas angefertigt. Sobald sie in England eintreffen, werden sie nach Woolwich befördert, wo sie einen besondern Zweig der Königlichen Artillerie bilden sollen, deren Batterien mit den Feldgeschütz-Batterien nicht vereinigt werden.

— Die Mitrailleuse ist nicht länger eine Versuchswaffe für die britische Armee, da, wie die „Army and Navy Gazette“ meldet, das Kriegs-Ministerium 60 Batterien des Gatling-Geschützes kleineren Kalibers zur Einführung in den Dienst bestellt hat. Die bestellten 360 Mitrailleusen werden in Colts Waffenfabrik zu Hartford in den Vereinigten Staaten Nordamerikas angefertigt. Sobald sie in England eintreffen, werden sie nach Woolwich befördert, wo sie einen besondern Zweig der Königlichen Artillerie

dem Verständnis der Mitglieder zugängliche wissenschaftliche Vorträge. Die Vorlesungen und Unterstüzungskosten werden von der Regierung sehr häufig aus Staatsmitteln unterstützt. — Die im vorigen Jahr für das Königreich Polen ertheilte Erlaubnis zur Versicherung von Mobilien und Immobilien bei auswärtigen Assecuranz-Gesellschaften ist durch eine neuerdings erlassene Regierungsvorschrift in Bezug auf die Kralauer Feuerversicherungs-Gesellschaft zurückgenommen worden. Diese außenseitige Maßregel ist durch politische Misslücken veranlaßt worden und trifft die Kralauer Versicherungs-Gesellschaft um so härter, als sie im Königreich Polen sehr gefücht war und bereits Versicherungen im Werthe von 20 Millionen S.-R. abgeschlossen hatte. (Ostl.-B.)

Aus den Ostsee-Provinzen. Die Russifizierungspartei in Petersburg hatte den baltischen Provinzen ein recht nettes Neujahrsgefecht zugeschaut, wie man der "Schl. Btg." schreibt, die Städte vermindert und nach der in Polen üblichen Praxis eine Zahl kleinerer Städte (unter 5000 Einwohner) in Dörfer verwandelt werden. Die Durchführung dieser Idee scheiterte jedoch an dem Grundtag des Kaisers, die Provinzen in ihren von seinen Vorfahren denselben garantirten und von ihm bestätigten Privilegien zu schützen und ihre Rechte ohne dringende Gründe nicht anzutasten. Dagegen ist es der Russifizierungspartei gelungen, durchzusetzen, daß das Assecuranzwesen, das bis jetzt allein in der Hand der Ständeverwaltung und der Landeschaft sich befand, in die Verwaltung der Regierung übergehen wird. — Nach einem Urteil vom 21. v. Ms. soll den Soldaten, welche nicht capitulieren, sondern nur ihre kürzere Dienstzeit ableisten, das Heirathen nicht gestattet werden. Für Capitulanten, die mindestens 5 Jahre über die jetzt übliche Dienstzeit bleiben, sollen die früheren Bestimmungen sowohl in Bezug auf die Genehmigung zur Verheirathung, wie auch hinsichtlich der Verpflegung der Familien in voller Kraft bleiben. Soldaten müssen natürlich dem Staate, auf dessen Kosten sie erzogen werden, als Soldaten dienen, können aber, wenn sie die Mittel beschaffen können, auch höhere Schulanstalten besuchen und sich zu bewerben auszubilden.

Italien.

Florenz, 17. Jan. Das der Gesellschaft Nubatino angehörige Dampfschiff "Arabia" ist dieser Tage mit vielen Passagieren und einer reichen Fracht von Ostindien her in Genua angelangt. Die Fahrt dauerte, inbegriffen den Aufenthalt in den Häfen von Aden, Suez, Port Said, Alessandria, Messina, Neapel und Livorno, 24 Tage. Es ist dies das vierte Mal, daß ein Schiff jener Gesellschaft diese Route glücklich zurückgelegt hat. Immerhin ein gutes Auspicio für die Zukunft Genua's und ein vom dortigen Handelsstande lebhaft empfundener Hinweis auf die Dringlichkeit der Herstellung der St. Gotthard-Bahn.

Florenz, 25. Jan. Die Deputirtenkammer setzte in ihrer heutigen Sitzung die Berathung über die Garantieverträge mit dem Papste fort, ohne daß sich hierbei ein bemerkenswerther Vorfall ergeben hätte. — Der Senat nahm die beiden ersten Artikel des Gesetzes, betreffend die Verlegung der Hauptstadt mit großer Majorität gemäß der Regierungsvorlage an. Der von der Commission gestellte Änderungsantrag wurde abgelehnt. (W. T.)

Spanien.

Madrid, 12. Jan. Die Kälte, welche bei den schlechten Heizapparaten doppelt empfindlich ist, gehört auf der Höhe von Neu-Castillien nicht zu den seltenen Gäste, aber in diesem Jahr ist sie so bedeutend, daß sie oft auf 2—3 Tage jede Verbindung mit dem Auslande abbricht. — Der neue König gefällt den Leuten hier nicht besonders; dem Madrider liegt viel mehr an einem königlichen Hof als an einem König und Amadeo I. hat bis jetzt keinen Hofstaat. Man hofft, daß der Hofstaat mit der Königin Donna Maria kommen wird; die Königin wird noch in diesem Monat hier erwartet. Gleich nach ihr wird die Königin Maria Pia von Portugal, des Königs Schwester, hier eintreffen.

Griechenland.

Athen, 25. Januar. Der englische Gesandte Erkline stellte die Forderung, daß die Untersuchung gegen die Mitschuldigen in der Affaire von Marathion wieder aufgenommen werde. Die Regierung soll diese Forderung abgelehnt haben. (W. T.)

Amerika.

Aus Rio de Janeiro wird vom 6. d. M. gemeldet: Die den ausländischen Schiffen gewährte Erlaubnis zum Verkehr zwischen den Häfen Brasiliens ist bis Ende des Jahres 1871 verlängert worden. Es hat eine halbprozentige Reduction der Zinsen der Schiffscheine stattgefunden. — Der Dampfer "Vorneo" ist auf haltem Wege zwischen Montevideo und Santa gefertigt, wobei 35 Mann ertrunken sind. — Nähe bei Montevideo hat eine Schlacht stattgefunden, in welcher die Aufständischen geschlagen worden sind. Die Revolution in Entre-Rios gewinnt an Ausdehnung. (W. T.)

Danzig, 27. Januar.

* In der am 25. Januar stattgefundenen Sitzung der Aeltesten der Kaufmannschaft wurde Herr C. J. Siegmund in die Corporation aufgenommen. — Da sich das Bedürfnis herausgestellt hat, die Bahnhofsvorstände für Heringe zu vermehren, so wurde Herr Stadtpräfekt Peterow hierzu erwählt und vom Commerz-Collegio vereidigt. — Der Magistrat hat dem Collegium den Entwurf einer Polizeiverordnung über den Verkehr mit Petroleum zur Billigung überwandt. Die Aeltesten haben nichts dagegen zu erinnern gefunden. — Der von den Aeltesten im vorigen Jahre der kgl. Regierung überreichte Entwurf eines neuen Corporations-Statuts ist denselben, begleitet mit den befalligen Erinnerungen des Herrn Handelsministers, zur nochmaligen Berathung zurückgegeben worden. Nachdem die Änderungsvorschläge von einer Commission geprüft und festgestellt worden, sind diese auch von dem Collegium adoptirt und wird der neue Entwurf in kürzester Frist der kgl. Regierung eingereicht werden.

* Der geschäftsführende Ausschuß der Victoria-National-Invaliden-Stiftung in Berlin erlässt eine Aufforderung an die Kreis- und Gemeindebehörden in denjenigen Gegenden unseres Vaterlandes, deren Mittel nicht ausreichen, den an-

kauernden und gestiegenen Bedürfnissen der Familien der eingezogenen Refüisten und Landwehrmänner zu genügen, sich vertrauensvoll an ihn zu wenden; man werde den Ausschuß immer bereitstehen, so weit die Kräfte der Stiftung reichen, ausgiebig zu helfen.

* Gerichtsverhandlung am 26. Jan. 1) Der Heizer bei der Berlin-Stettiner Eisenbahn Wilhelm Thiele ist angeklagt, aus dem Schuppen der Königl. Ostbahn mehrere Schraubenbolzen gestohlen und an den Kaufmann Löschmann verlaufen zu haben. Der Portier Litzner will dies letztere geschehen und die Schraubenbolzen als der Ostbahn gehörig erkannt haben. Thiele hat indeß nachgewiesen, daß er in der von Litzner angegebenen Zeit gar nicht bei Löschmann gewesen sein kann, weil er um diese Zeit im Dienste gewesen. Der Gerichtshof erkannte auf Freisprechung. — 2) Die Jungen Korlowksi, Dreher und Neander von hier haben geständig dem Kaufmann Rosenblatt aus dessen Speicher durch Einsteigen in die Luke desselben eine Quantität Lumpen und diverse polnische Säcke gestohlen und demnächst an den Handelsmann Lachmann für 4 R. verkauft. Der Gerichtshof verstrafe den R. mit 14 Tagen, den D. mit 4 Tagen und den N. mit 1 Tag Gefängnis. — 3) Die Arbeiter Carl Unger und Gottlieb Jajolski aus Kl. Plenendorf haben geständig in Gemeinschaft des jetzt zum Militär eingezogenen Arbeiters Martin Wohl dem Schulzen Bauer in Kl. Plenendorf eine Stärke von der Weide gestohlen. U. erhielt dafür 6 Wochen, J. 1 Monat Gefängnis. — 4) Der Arbeiter Theodor Ewert aus Braust wurde wegen thätsächlichen Widerstandes gegen den Schulzern Drewke daselbst zu 1 Woche Gefängnis verurteilt. — 5) Um ihren Sohn der Bestrafung wegen Übertretung der persönlichen Freiheitsbeschränkung zu entziehen, bot die Arbeiterin Sularine Klein Schmidt zu Langeführ dem Schuhmann Stierwald 1 R. zum Geschenk an. Dafür wurde sie zu 1 R. Geldbuße event. 1 Tag Gefängnis verurtheilt. — 6) Die unverheiliche Henrike Wolff zu Junkertroy hat ihrem Bruder Hoffmeister Buntrod daselbst eine geringe Quantität Öl und etwas Mehl entwendet, um sich einen Kuchen zu backen. Sie wurde dafür mit 1 R. Geldbuße event. 1 Tag Haft gestraft. — 7) Der Arbeiter Joh. Käger aus Jäschenthal erhielt 1 Tag Gefängnis, weil er geständig von einem Schnezaun an der Neufassmühle Bahn drei Pfähle gestohlen hat. — 8) Der Gärtner Johann Gottfried Friebe zu Kahlerberg ist angeklagt, dem Gastwirth Gallinat daselbst eine Quantität Rinderknöchen, im Werthe von 5 R., aus einem vernagelten Stalle, also durch Einbruch gestohlen und für 20 R. verkauft zu haben. Friebe wurde aber freigesprochen, da er nachwies, daß der Stall, in dem die Knochen gelegen, offen war und daß die Hunde die Knochen in den Parkanlagen verdeckt hätten. Diese Knochen hat er als herrenlos betrachtet aufgesammelt und verkauft.

[Feuer.] Heute Morgen gegen 9 Uhr geriet eine auf dem Gründstücke Scheibenrittergasse No. 6 befindliche Backstube in Brand; dieselbe stand bei Ankunft der Feuerwehr schon in vollen Flammen und die dicht an der Brandstelle grenzenden und leicht gebauten Gebäude waren bereits von denselben ergreift. Mittelst einer Spritze und eines Hydranten gelang es der Feuerwehr im Verlaufe einer Viertelstunde das Feuer der Art auf seinen eigenen Herd zurückzudrängen, das sowohl das betreffende Gebäude als auch die Nachbarhäuser vor jeglicher Gefahr gesichert waren.

Königsberg, 26. Jan. Mehrere Beamte des hiesigen Königl. Stadtkirchens waren gegen die Stadtgemeinde klagend aufgetreten, indem dieselben sich darüber beschwerten, daß der Magistrat in letzter Zeit von ihnen die Communal-Ginkommen-Steuer erhobt, daß er dieselben je in derjenigen Steuerklasse ansetzt, wobin sie nach dem Betrage ihres ganzen Dienstentgelts gehören, den in dieser Klasse geltenden Prozentsatz aber nur von der Hälfte des Einkommens erhebt. Sie halten solche Besteuerung für unrichtig und wollen, daß es bei dem bisher beobachteten Modus verbleibe, nach welchem in derjenigen Steuerklasse aufgesetzt würden, in welcher andere Einkommen von dem halben Betrage ihres Dienstentgelts angesetzt seien und hätten sie demgemäß nur den für diese Klasse geltenden (niedrigeren) Prozentsatz von der Hälfte ihres Einkommens zu entrichten. Das Verhältniß ist beispielweise also: ein Beamter mit einem jährlichen Einkommen von 400 R. steuerte nach der früheren Einschätzung von der Hälfte desselben, also von 200 R. in der betreffenden Steuerklasse, er würde also nach dem jetzt geltenden Communal-Einkommen-Steuer-Regulativ eine Abgabe von 3 R. 10 Sgr. jährlich zu bezahlen gehabt haben. Jetzt leistet ihn der Magistrat mit seinem Einkommen in die 400 R. Einkommen-Steuer-Klasse, die Steuer beträgt 12 R. und von diesem Betrage läßt er die Hälfte, also 6 R. erheben, 2 R. 20 Sgr. mehr als früher. — Der Prozeß ist in erster Instanz vom hiesigen Königl. Stadtkirchens entschieden und zwar zum Nachtheil der Kläger, denn sie sind mit ihrem Anspruche abgewiesen worden. Die Kläger wollen gegen diese Entscheidung appelliren.

Nach der "P. H. B." werden die Nationalliberalen in Königsberg als Kandidat für den demnächst zusammentretenden Reichstag den Herrn Lasker aufstellen. — Der "B. u. B.-Fr." berichtet: Der Lehrer Weißpferd in Barten hatte im Jahre 1867 10 R. Rothstandsdarlehen erhalten, die am 1. Januar 1870 zahlbar waren. Im Juli v. J. wurde Weißpferd zu den Fähnen beordert und steht bis jetzt in Feindes Land. Die Frau wurde zur Zahlung am 16. December aufgefordert und mit Klage bedroht. Sie zeigte an, daß ihr Mann im Kriege sei und erhielt folgendes an ihren Mann addresste Schreiben: "Rastenburg, den 16. Dezember 1870. Die treitädtische Commission hat beschlossen, wegen Rückzahlung des Ihnen im Jahre 1867 gewährten Rothstandsdarlehens noch nicht klagbar zu werden, wenn Sie bis zum Januar 1871 von dem dortigen Schulvorstande eine Erklärung dahin laufend beibringen, daß derselbe sich verpflichtet, das Darlehen durch Teilzahlungen aus Ihrem Gehalte bis zum 1. April 1871 zu tilgen. Ich stelle anheim, diese Erklärung mir bis zum bezeichneten Termine einzureichen, da nach Ablauf desselben mit der gerichtlichen Klage gegen Sie vorgegangen werden wird. Der Landrat Duesi." Hieraus ist, da der Herr Landrat wohl wissen mußte, daß eine Klage gegen den B. nicht zulässig, ein abgesetztes Verfahren besteht und der Frau ohne ihre Zustimmung, wie es heißt, auf Verfügung des Landrats, ein Drittheil der Schuld mit 3 Tl. 10 Sgr. von dem Gehalte einzubehalten werden. Bestehe, wer das kann! Die Humanität dieses ganzen Verfahrens ins rechte Licht zu stellen, bemerkten wir noch, daß das Gehalt des Weißpferd überhaupt nur 155 Tl. pro Jahr beträgt, und daß seine arme Frau während seiner Abwesenheit eines Kindes geneinet ist, das nach 3 Monaten starb, der Mutter aber eine zwei und einen halben Monat dauernde Krankheit kostete.

Braunsberg. Nachdem der Professor am Königlichen Lyceum Hosianum hieselbst, Dr. Menzel, die von dem Herrn Bischof von Ermland geforderte rücksichtlose Zustimmung zu den Dekreten des vatikanischen Concils nicht abgegeben hat, ist den Aspiranten der Theologen hieselbst der Besuch seiner Vorlesungen einsteiglich untersagt worden. (Br. Arkt.)

Bermischtes.

In der Kreuzzeitung findet sich folgende Todesanzeige: "Diese Nacht 11½ Uhr hat Gott der Herr unser süßes Kind Bett heimgeholt, dabin, wo die Engel singen dem lieben Jesulein, und die Psalmer lin-

gen im Himmel hell und rein. Gia wärn wir da! eia wärn wir da!" Beitrüger bei Rosla, den 21. Januar 1871. Pastor Dietrich und Frau."

In Erfurt sind auch die Inhaber von Mietwohnungen zur Aufnahme militärischer Einquartierung verpflichtet. Ein daselbst kriegsgefangener französischer Offizier hat seine Familie kommen lassen und mit derselben eine Mietwohnung bezogen.

Nach einer Notiz der "Thüringischen Btg." hat dieser gefangene Franzose dieser Tage zwei am Lande wehrmänner als Einquartierung erhalten. Das ist wohl der erste Fall, daß ein französischer Gefangener

mit deutscher Einquartierung befreit wird.

Solingen, 26. Januar. Auf dem hiesigen Bahnhofe ist ein großes Quantum von auf den Schlachtfeldern Frankreichs gefallenen Chassepot-Pjontonetten (an 10,000 Stück) angetommen, die in hiesigen Fabriken für den Dienst unserer Armee hergerichtet werden sollen.

Börsen-Depesche der Danziger Zeitung.

Berlin, 27. Jan. Angekommen 3 Uhr 30 Min. Nachm.

Erb. v. 26. Cr. v. 26.

Weizen Jan.	75 ² / ₈	75	Preuß. Pr.-Ant.	99	99
April-Mai	77	77	Preuß. Pr.-Ant.	119	119
Rogg. matt.	—	—	31/24 Cr. Pfd.	73	73
Regul.-Preis	52	—	4pct. wr.	79	78 ² /8
Jan.-Febr.	52	52	41/20 Cr. do. do.	86	86
April-Mai	53 ² / ₈	53 ² / ₈	Lombarden	101 ² / ₈	100 ⁷ / ₈
Petroleum,			Rumänier	52	52 ² /8
Jan. 200 ² /2	15 ¹ / ₂	15 ¹ / ₂	Amerikan.	96 ² / ₈	96 ² / ₈
Riböl 200 ² /2	28 ²	28 ²	Öster. Buntnoten	81 ⁸ / ₈	81 ⁸ / ₈
Soja. matt.	—	—	Russ. Buntnoten	78 ² / ₈	78 ² / ₈
Jan.-Febr.	17	17	17	116 ² / ₈	115 ² / ₈
April-Mai	17	17	20	115 ² / ₈	115 ² / ₈
Nord-Schwarzw.	97 ² / ₈	97 ² / ₈	Italiener	55 ² / ₈	55 ² / ₈
Nord-Schweden.	96 ² / ₈	96 ² / ₈	Lütt. Ant. de 1865	49 ² / ₈	42 ² / ₈
			Ung. loco 1865.	—	62 ² / ₈
			Welt. cours. ton.	—	—

Fondsbörse: fest.

Wien, 26. Januar. Abendbörse. Credititration

25, 20, Staatsbahnen 380, 00, 1860er Jahre 96, 00, 1864er

Jahre 119, 50, Galizier 246, 20, Franco-Austria 103, 00, Lombarden 185, 50, Napoleon's 9, 96, Matt.

Hamburg, 26. Jan. [Getreideb. art.] Weizen und Roggen loco preishaltend, auf Termine höher.

Weizen ² Jan. 127²/₈ 2000² in Mt. Banco 159 Br., 158

Br., ² Januar-Februar 127²/₈ 2000² in Mt. Banco

159 Br., ² April-Mai 127²/₈ 2000² in Mt. Banco

163²/₈ Br., 162²/₈ Br., Roggen ² Januar 109 Br.,

108 Br., ² Januar-Februar 109 Br., 108 Br., ² April-Mai 113²/₈ Br., 113 Br., Hafer still.

Gerste fest. — Riböl rubig, loco 31², ² Mai 31,

Februar 28², Spiritus rubig, loco und ² Mai ohne Fas.

April-Mai 17² Br., 17² Br., ² Mai-² Juli 17² Br., — Hafer fest, ² April-Mai 40² — 46² Br., ² Februar 10² — 14² Br., ² April-Mai 46² — 52² Br., ² Mai-Juni 4

Eisenbahn-Aktionen.

	Dividende pro 1869.			Dividende pro 1869.			Dividende pro 1869.			Berl. Stadt-Obl.			Hamb. Pr.-Anl.			43½ G		
Aachen-Maastricht	1½	3½	4	37	bz	u G	Thüringer	8½	4	128	et bz	Rash. Priv.-Bank	5½	4	109½ G	do. do.	4½	91½ bz
Bergisch-Württ. A.	8½	4	112½	bz	u G	Amsterd.-Rotterd.	7½	5	100½	bz	u G	Mapdebr.	4½	88½ bz	Schwedische Loosse	—	96½ bz	Amsterdam kurz
Berlin-Anhalt	13½	4	189½	bz	u G	Ludwigsb.-Bergbach	10½	4	159½	B	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	4 143½ bz
Berlin-Hamburg	10½	4	147½	G	Mainz-Ludwigsb.	9½	4	132½	bz	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	2 Mon.
Berl.-Potsd.-Magdebr.	18	4	215½	bz	u G	Defferr. Credit	16½	5	133½	9 8½	Kurz. u. N. Pfdsbr.	7½	7½	74½ B	Amerik. rüfz. 1882	4	142½ bz	Hamburg kurz
Berlin-Stettin	9½	4	136	bz	Bofen-Provinzialb.	6	13	4	101½ G	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	4 151½ bz
Brsl.-Schweid.-Freib.	8½	4	105½	bz	Doft.-Franz.-Staatsb.	12	5	207	4 6½ bz	Ostpreuß. Pfdsbr.	3½	76½ G	Ostpreuß. Pfdsbr.	4	150½ bz	London 3 Mon.		
Cöln-Minden	8½	4	130½	bz	Russ. Staatsbahn	5½	5	30	B	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	4 150½ bz
Magdebr.-Halberstadt	10½	4	112½	bz	Südösterr. Bahnen	5	5	100½	bz	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	4 150½ bz
Magdebr.-Leipzig	14½	4	178½	bz	Pomm. R. Priv.-B.	5½	4	89½	bz	u G	Pommersche	5	95½ B	Pommersche	4	150½ bz	Wien Deit. W. 8. 6	
Niederländ. Märk.	4	4	85½	bz	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	81½ bz	
Niederländ. Zweigbahn	5	4	91	G	Pomm. R. Priv.-B.	5½	4	81½ G	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	81½ bz	
Oberländ. Litt. A. u. C.	13½	3½	165½	bz	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	81½ bz	
do. Litt. B.	13½	3½	149	et bz	Staatsbank. 1859	5	99	B	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	
Ostpr. Südb. St.-Pr.	—	5	63	bz	do. consolidirte	4½	90½	bz	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	
Rheinische	7½	4	113½	bz	do.	54,55	4½	90½	bz	Pomm. Rentenbr.	4	85½	bz	Russ. engl. Anl.	5	84½ bz	Gold- und Papiergeld.	
do. St.-Prior.	7½	4	—	Danzig. Hyp. Pfdsbr.	5	5	92	G	do.	1857.	4½	90½	bz	Russ. Pr.-Anl.	5	115½ bz	Gld. 9 8½ G	
Rhein.-Naherbahn	0	4	30½	bz	Danzig. Com. Anteil	9½	4	136½	bz	u G	1867.	4½	90½	bz	Rsdr. 11 1½ G	8½ G		
Stargard-Polen	4½	4½	92½	B	Goth. Credit. Pfdsbr.	—	5	97½	bz	do.	1856.	4½	90½	bz	Rsdr. 6,24½ bz	8½ G		
Pomm. Hypoth.-Briefe	—	5	92½	bz	Pomm. Hypoth.-Briefe	—	5	92½	bz	do.	50/52	4	82½	bz	Rsdr. 5 13 ½ G	8½ G		
										do.	1853.	4	82½	bz	Dollars 1 12 G	8½ G		
										do.	do.	3½	119	B	Eld. 8 465½ B	8½ G		

Heute früh 9 Uhr wurde meine liebe Frau Emma, geb. Schottler, von einem Knaben glücklich entbunden, was ich hierdurch ergeben anzeige.

Ziblin, den 27. Januar 1871.
(19770) H. Faber.

Nothwendige Subhastation.

Das dem Rittergutsbesitzer Arthur Julius Schlemmer gehörige adlige Gut Klein-Wattlowitz No. 71 und Vorwerk Neuguth No. 1, soll

am 4. Juli cr.

Vormittags 11 Uhr, an Ort und Stelle in Klein-Wattlowitz, im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert und das Urtheil über die Ertheilung des Buzschlags

am 10. Juli cr.

Vormittags 11 Uhr, in Stuhm an der Gerichtsstelle verkündet werden.

Es beträgt das Gesamtmaß der der Grundsteuer unterliegenden Flächen des Grundstücks 1162,90/100 Morgen; der Reinertrag, nach welchem das Grundstück zur Grundsteuer veranlagt worden, 2235,18/100 Thlr.; Nutzungswert, nach welchem das Grundstück zur Grundsteuer veranlagt worden, 426 Thlr.

Der das Grundstück betreffende Auszug aus der Steuerrolle, hypothekarische und andere dafselbe angebende Nachweisungen können in unserm Bureau III. eingesehen werden.

Alle Diejenigen, welche Eigentum oder anderweile, zur Wirksamkeit gegen Dritte der Eintragung in das Hypothekenbuch geforderte, aber nicht eingetragene Rechte geltend zu machen haben, werden hierdurch aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der Prädilection spätestens im Versteigerungs-Terme anzuzeigen.

Stuhm, den 14. Januar 1871.

Kgl. Kreis-Gerichts-Deputation.

Der Subhastationsrichter. (19750)

Bekanntmachung.

Zufolge Bekanntmachung von heute ist in unser Genossenschaftsregister sub No. 2 eingetragen:

Der Vorschussverein zu Culm a. W. eingetragene Genossenschaft, mit dem Sitz in Culm a. W., gegründet mittelst Statut vom 27. November 1870.

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines Bankgeschäfts beabs. gegen seitiger Verpflichtung der in Gewerbe und Wirtschaft nötigen Geldmittel auf gemeinschaftlichen Credit.

Die Direction besteht aus:

a) dem Vorstand,

b) dem Ausschüsse.

Die zeitigen Mitglieder des Vorstandes sind:

a) Domänenrentmeister Rudolph Schubmacher, Director,

b) Kaufmann Arnold Ahne mann, Kassier,

c) Kreisgerichtsrat August Trautbahn, Controleur,

sämtlich von hier.

Die von der Genossenschaft ausgehenden Bekanntmachungen und Erlasse ergeben unter deren Firma und werden vom Vorstand unterschrieben, wobei mindestens 2 Unterschriften erforderlich sind. Die Veröffentlichung erfolgt durch den zu Gründen erscheinenden "Geselligen", die "Culmer Zeitung" und den "Przyjaciel luda".

Der Vorstand zeichnet wie folgt:
Vorschussverein zu Culm a. W.
Eingetragene Genossenschaft.

Schuhamer, Ahne mann, Trautbahn.

Die Bezeichnung muss mindestens von zwei Vorstandsmitgliedern gesiehen, nur bei Urtümern über Einzahlungen der Genossenschaft-Mitglieder genügt die alleinige Unterschrift des Kassiers.

Das Verzeichniß der Genossenschaft ist jederzeit im Bureau III. des unterzeichneten Gerichts einzusehen.

Culm, den 21. Januar 1871.

Königl. Kreis-Gericht.

1. Abtheilung. (19749)

Bekanntmachung.

Die diesjährige ordentliche Generalversammlung der unterzeichneten Gesellschaft findet

Donnerstag, den 9. Februar e.

Mittagstags 3 Uhr,

im Hill'schen Localre hervor statt, wozu wir die Aktionäre als auch die Bezieher auf Aktion III. Emission hiermit einladen.

Tagesordnung.

1) Bericht des Firmeninhabers für das Ge-

2) Bericht des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 1870 (§ 41, 32 des Statuts);

3) Wahl von vier Mitgliedern des Aufsichtsrates (§ 20 des Statuts);

4) Wahl der Rechnungsrevolutions-Commission pro 1871 bis 1873 (§ 25 des Statuts);

5) Antrag des Aufsichtsrates, die Bezeichnungen auf Aktion III. Emission bis ult. December d. J. anzunehmen (s. Beschlüsse der General-Versammlung vom 12. Februar 1870);

6) Vorlage eines neuen Statuten-Entwurfs zur Verhandlung und resp. Genehmigung.

Lauenburg i. Pomm., 24. Jan. 1871.

Lauenburger Credit-Gesellschaft Schmalz.

Der Aufsichtsrath: Der Firmeninhaber:

Neitzke.

Schmalz.

Die neuesten und besten Übersichts- und Spezialkarten

von Frankreich und den deutschen Grenzländern,

sowie Pläne von Paris und den wichtigsten Festungen

Frankreichs

findt zu haben für 5 1/2 — 7 1/2 Igr., — 10 Igr., — 15 Igr., — 20 Igr., — 1 1/2 R., — 1 1/2 R., — 2 R., — 3 R. und 3 R. 22½ Igr. in der (19757)

Pandkarten-, Kunst- u. Buchhandlung

von

L. G. Homann

in Danzig, Jowengasse 19.

In der Verlags-Buchhandlung von Adolph Wolf in Dresden erscheint:

Die Kriegs-Chronik

vom Jahre 1870 und 1871

von

Franz Lubojsky.

Mit zahlreichen in den Text gedruckten Illustrationen, Portraits und feinen bunten Titelkupfern.

In Heft 4 5 Sgr.

Vorliegende Ausgabe bringt die ausführlichsten Schilderungen aller Ereignisse und bietet dem Leser reiche und spannende Abwechslung. — Der Name des Verfassers ist ja hinlänglich bekannt, auch spricht für den werthvollen Inhalt die Thatache, daß bereits 3 sehr starke Auflagen von den bis jetzt erschienenen Seiten gebracht werden müssen, um der Nachfrage genügen zu können. Wir unterlassen also jede Anpreisung und fügen nur die Bemerkung bei, daß das von uns verlegte Werk auch noch für die spätesten Nachkommen ein erhebendes und werthvolles Andenken bleibt, somit nie veraltet!

Lubojsky's Kriegs-Chronik erscheint in zwanglosen Heften, in Zwischenräumen von längstens 3 Wochen. — Preis eines jeden Heftes 5 Igr.

Zum Schlüpfest erhält jeder Abonnent